

Wir sind 800 000

Die Bürgerinnen und Bürger von Berlin dürfen am 18. September wieder einmal die politische Führung dieser Stadt wählen. Dazu haben wir uns Parteien, Abgeordnete, Wahlprogramme oder Wahlversprechen einmal etwas genauer angesehen und zwar aus der Perspektive von Erwerbslosen.

Was wählen Erwerbslose, was wählen Menschen, die Niedriglöhne beziehen oder von geringen Renten leben müssen. Haben wir wirklich eine Wahl und damit vielleicht eine bessere Zukunftsperspektive in dieser „be-berlin“-Stadt? Wir sind viele. Sehr viele. Wir sind - ob wir wollen oder nicht - auf Transferleistungen, Minirenten, bezahlbare Wohnungen und eine gute öffentliche Infrastruktur angewiesen. Deshalb müssen wir uns einmischen.

Den Parteien oder einzelnen WahlkandidatInnen, die die nächsten 5 Jahre diese Stadt regieren wollen, werden wir bei ihrer „Leistungsbilanz“ der letzten Jahre, aber mehr noch bei ihren Ankündigungen für die Zukunft auf das gedruckte Wort und gegebenenfalls auf das Maul schauen. Auch wenn es in Berlin um Landeswahlen geht, werden wir an geeigneten Stellen selbstverständlich an die Politik der selben Parteien auf Bundesebene erinnern.

Gelber Zynismus

Die FDP ist bisher mit 11 Mandaten im Abgeordnetenhaus vertreten. Ihr Berliner Frontmann heißt Christoph Meyer.

Die gelbe Kampagne nennt sich nichtsagend „Die Neue Wahlfreiheit“ und auf dem Wahlprogramm wird vollmundig mit „Die richtigen Antworten“ geworben. Beim Lesen haben wir allerdings den Eindruck gewonnen, dass es der FDP schon daran mangelt, überhaupt die richtigen Fragen zu stellen.

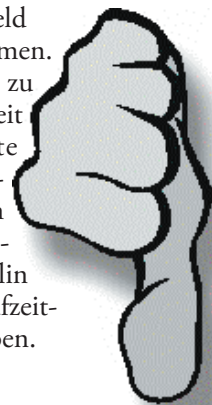
Die FDP meint „Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungsgesellschaften - oft unter wenig transparenter wirtschaftlicher Trägerschaft - sind keine Perspektive für Langzeitarbeitslose“ und sie will

den „teuren und wirkungslosen Öffentlichen Beschäftigungssektor des rot-roten Senats, der nur einigen Wenigen zugute kommt, abschaffen“. Das wollen wir auch, aber ganz sicher aus ganz anderen Gründen! Und was hat es zu bedeuten, wenn die FDP „den Einstieg in den Ersten Arbeitsmarkt für Transferempfänger konsequent fördern“ möchte? Das ist eher als Drohung zu verstehen, denn damit meint die FDP noch mehr sanktionsbewehrten Zwang zu prekären Jobs im Niedriglohnbereich, möglichst keine Tarifverträge, auf keinen Fall Mindestlöhne und Hätschelung



ihrer Lieblingsbranche, der Leiharbeit. Profite und noch mehr Profite für die Unternehmen auf Kosten der abhängig Beschäftigten. Auf diese Art der Förderung wollen wir gerne ganz verzichten. Wir lesen nicht nur Wahlprogramme, sondern schauen auch gerne mal in Pressemitteilungen und sind bei Christoph Meyer am 27. Juli fündig geworden. Hier wirft Meyer dem rot-roten Senat beim Blick auf die Berliner Arbeitslosenzahlen „ganzes Versagen“ vor. In unnachahmlich denunziatorischer Art und Weise bezeichnet Meyer das Armuts-

budget für Erwerbslose, Hartz-IV, als „gesellschaftliche Stilllegungsprämie“ und er macht einen besonders zynischen Vorschlag: „Es ist zu erwägen, Leistungen der Grundsicherung für arbeitsfähige Hartz IV-Empfänger nach bestimmten Laufzeiten mit ansteigenden Abschlägen zu versehen“. Meyer kann sich noch so anstrengen, um seinen Zynismus in schöne Worte („ansteigende Abschläge“) zu packen. Wir haben verstanden: je länger Menschen erwerbslos sind, desto weniger Geld sollen sie bekommen. Die FDP hat zu recht bundesweit grottenschlechte Wahlumfragewerte und auch im Abgeordnetenhaus von Berlin darf es keine Laufzeitverlängerung geben. FDP abschalten!



Schwarzer Populismus

Die Berliner CDU ist seit dem Bankenskandal unter Eberhard Diepgen 2001 nahezu bedeutungslos in dieser Stadt. Frank Henkel, letzter Büroleiter von Diepgen und Spitzenkandidat der Schwarzen, will dennoch mit seiner CDU 2011 stärkste Kraft werden.

Auf der Website zur Wahlkampagne ist Henkel in einem Videobeitrag des CDU-Landesverbandes von Oktober 2010 mit den folgenden Worten zu hören: „Berlin ist die Hauptstadt der Armut. Jeder Fünfte lebt von Transferleistungen und jedes dritte Kind in unserer Stadt ist von Armut betroffen.“

Das ist die Realität der rot-rot regierten Stadt und dagegen wollen wir uns heute mit unseren Ideen stellen. Mit einer klugen, mit einer effektiven Arbeitsmarktpolitik, die für uns immer noch die beste Sozialpolitik ist“. Im Video zu sehen ist auch die angereiste Ursula von der Leyen (CDU), die Frank Henkel in seiner Rede über den grünen Klee lobt. Der CDU-Landesverband hat für den Wahlkampf ein Papier verfasst, „Berlin in Arbeit“, das wir als Propaganda-



schrift für die „Bürgerarbeit“ der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) werten. Fatalerweise hat an diesem Papier auch das Mitglied des Berliner CDU Landesvorstandes und Mitglied des ver.di Bundesvorstandes Elke Hannack mitgeschrieben.

Ausgerechnet im „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ hat Frau von der Leyen Gesetze und andere Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Armut und soziale Ausgrenzung zementieren. Fünf höhnische peanuts mehr für Erwachsene sind keine Bekämpfung von Armut. Ein bürokratisches Monster für Kinder, das auf den Namen „Bildungs- und Teilhabepaket“ hört, ist kein Kampf gegen soziale Ausgrenzung. Von der Leyen hat Erwerbslosen noch dazu Niedrigstlohnarbeit mit Zwangsbetreuung beschert, die CDU nennt es „Bürgerarbeit“, und sie setzt ein gigantisches schwarz-gelbes Milliarden-Sparpaket in der Arbeitsmarktpolitik um.

Das Ergebnis von rot-grüner, schwarz-roter und scharz-gelber Bundespolitik, Armut für 800 000 in Berlin, nun im Wahlkampf dem rot-roten Senat unterzujubeln, ist Heuchelei und billiger Henkel'scher Populismus.

Populistisch geht es weiter im eigentlichen Wahlprogramm der Berliner CDU. Der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, ÖBS, von rot-rot sei

zu teuer und zu ineffektiv. Ein aus Steuermitteln finanziertes Mindestarbeitnehmerbrutto von 1 300,- € „gönnt“ die CDU keinem einzigen Erwerbslosen. Sie sollen sich gefälligst um die Niedriglohnjobs auf dem Ersten Arbeitsmarkt kloppen.

„Familien, die arbeiten und trotzdem arm sind“ will Frank Henkel „entlasten“, indem er ihnen ein Sozialticket für den ÖPNV zum Preis von 20,-€ verspricht, denn der gemeine, nicht arbeitende Hartz-IV-Empfänger bekäme schließlich auch 20,-€ Fahrgeld mit dem von-der-Leyen'schen Regelsatz.

Bei der CDU gibt es einfach nix Neues. Die Armen werden weiter gnadenlos gegen die ganz Armen ausgespielt.



Grüne Einfallslosigkeit

Es gibt bereits ein schwarz-grünes Bündnis in Berlin, denn auch im grünen Wahlprogramm wird über „horrende Erwerbslosigkeit, geringe Wirtschaftskraft und zunehmende Verarmung von Teilen der Bevölkerung“ geklagt und die rot-rote Regierung der letzten zehn Jahre dafür verantwortlich gemacht. Aber es war die rot-grüne Agenda-Politik auf Bundesebene, die die Scheunentore für Niedriglohn und Sozialabbau weit geöffnet hat. Die Ergebnisse können wir heute in Berlin bewundern. Es gibt in dieser Stadt nur noch 40 000 Menschen, die überhaupt Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, 436 000 Erwachsene müssen mit Hartz-V, den Regelsätzen à la von der Leyen, auskommen. Es gibt 154 000 Kinder mit Sozialgeld als Transferleistung. Etwa 18 000 Menschen leben von Sozialhilfe, 58 000 Menschen von der Grundsicherung im Alter und von Erwerbsminderungsrenten und mehr als 38 000 Menschen sind auf Wohngeld angewiesen. Außerdem leben etwa 10 000 AsylbewerberInnen in Berlin, denen bis heute selbst ein Leben auf Hartz-V-Niveau, der Zugang zum Arbeitsmarkt, das Wahlrecht und viele Dinge mehr verweigert werden. Wir sind tatsächlich 800 000!

Diese Zahlen kennen auch Renate

Künast, die Bürgermeisterin werden möchte, und Ramona Pop, die bisherige arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus und Direktkandidation von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin-Mitte.

Ihre sozial- und arbeitsmarktpolitischen Rezepte sind allerdings mehr als dürftig. Ramona Pop stänkert seit vielen Jahren gegen den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor der Linken. Mit einem Mindestbrutto von 1 300,-€ könnten zu wenige Erwerbslose gefördert werden - also runter mit den ÖBS-Löhnen. Die Einschränkung auf zusätzliche Tätigkeiten ist Pop ein Dorn im Auge - also weg mit der Positivliste.

Auf Landesebene wollen die Grünen „sinnvolle Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen“ und sie versprechen ein Landesbeschäftigungsprogramm. Detaillierte Angaben über Umfang, Ausgestaltung und Finanzierung? Fehlanzeige!

Außerdem soll „geprüft“ werden, ob es „kostenlose Fahrten für ALG-II-EmpfängerInnen und ihre Kinder in eingeschränkten Geltungszeiträumen außerhalb des Berufsverkehrs“ geben könnte. Das Stichwort „prüfen“ deutet für uns eher darauf hin, daß die Grünen selbst nicht daran glauben, kostenlose Mobilität für arme Menschen politisch durchsetzen zu können.



Bereits 2008 gab es eine Broschüre „Berlin hält zusammen. Grüne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“. In der Redaktion: Ramona Pop, Jasenka Villbrandt, Sabine Bangert u.a. Dort wurden positive Beispiele für gelungene Arbeitsmarktpolitik vorgestellt. Die „Sozialmärkte“ des Beschäftigungsträgers Goldnetz sollen so ein Beispiel sein und nicht nur Renate Künast und Ramona Pop haben sich bereitwillig in die PR-Kampagne von Goldnetz einbinden lassen.

Eine ganze Armada von Erwerbslosen wird damit beschäftigt, gespendete Gebrauchsgüter einzusammeln oder einfache Neuwaren (z.B. Vogelhäuschen, Puppenstuben, Dekomaterial, selbstbemalte Blumentöpfe) herzustellen, um sie der Armutsbevölkerung gegen „geringes Entgelt“ auf öffentlichen Märkten weiterzuverkaufen. Dieses „Konzept“ der Armutsmärkte bietet weder den so Beschäftigten, noch den armen KundInnen eine bessere und dauerhafte Zukunftsperspektive, denn der „soziale Zusammenhalt“ wird hier einfach nur simuliert. Nur die Trägerfirma schafft sich eine zweifelhafte Existenzberechtigung. Sie wird von den Grünen, der SPD und von den Linken „hofiert“. Hier fragen wir allerdings durchaus danach, ob die öffentlichen Zuwendungen von rund 1,3 Millionen € (2010) für die Armutsmärkte nicht rausgeworfenes Geld sind?

Hinzuzufügen wäre noch, daß auch die Berliner Tafel auf den „Sozialmärkten“ immer zur Stelle ist, um kostenlose Bratwürste zu verteilen. Statt Tafeln und deren „Wohlstandsabfall“ brauchen wir jedoch immer noch höhere Regelsätze, um uns selbstbestimmt, gesund und ausreichend ernähren zu können.

Wir schließen uns dem Architekten Arno Brandlhuber an (taz 30.07.2011), der die inhaltsfreien Parolen der Parteien kritisiert, „Eine Stadt für alle“, „Berlin verstehen“,

„Damit sich was ändert“, und völlig zu recht sagt er: „Wenn ein Tafel-Empfänger feststellt, dass in keinem Programm die Forderung auftaucht, die Essenstafeln

zugunsten einer echten Sozialpolitik abzuschaffen, dann darf er sich vernachlässigt sehen“. Nicht nur Bündnis 90/Die Grünen sind weit von „echter Sozialpolitik“ entfernt.

Rosarot - weiter so

„Eine Politik zum Reinhauen“ (Arno Brandlhuber) können wir ohne weiteres der SPD bescheinigen. Es hat in diesem Jahr für die Bundespartei eine Chance

gegeben, ihre desaströse Agenda-Politik aus den rot-grünen und rot-schwarzen Regierungsjahren 1998-2009 in Teilen zu korrigieren. Schwarz-gelb hatte im Bundesrat keine Mehrheit für Hartz-V, dieser Zahlenspieler über die künftige Höhe des Existenzminimums im sogenannten Regelbedarfsermittlungsgesetz. Die SPD hat mit schwarz-gelb und mit den eigenen Länderfürsten so lange „gedalt“, bis ein schmutziger Kompromiss herauskam: ein paar peanuts für die Armutsbevölkerung, ein bisschen Mindestlohn in einigen wenigen Branchen mehr, aber vor allem die künftige Entlastung der Landshaushalte



von den Kosten der Grundsicherung im Alter. Es gab zum wiederholten Mal eine schwarz-gelb-rote große Koalition gegen die Armutsbevölkerung. Die Grünen sind in letzter Minute aus den Verhandlungen geflüchtet, die Linken wurden systematisch von den Verhandlungen ferngehalten.

Die SPD fühlt sich in Berlin dennoch Wowereit-trunken und operiert im Wahlkampf - wie die Linke leider auch - mit angeblichen Erfolgen: 100 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze seien seit 2006 entstanden und es gäbe „nur“ noch 230 000 Arbeitslose. Im Wahlprogramm erwähnt die SPD gerade noch die Kinder- und die Altersarmut. Die miesen Lebens- und Arbeitsbedingungen aller 800 000 TransferempfängerInnen werden unter den Teppich gekehrt. Alles prima, denn die SPD will ja den Haushalt konsolidieren. Der bisherige ÖBS mit knapp 8 000 Stellen ist der SPD zu teuer. Übriggeblieben sind deswegen nur noch 5 000 Stellen - reicht doch für die Armutsbevölkerung. Ganz innovativ wird es, wenn die Berliner SpezialdemokratInnen Kiez-Jobcenter einrichten wollen. Wir jubeln wie verrückt, weil wir dann endlich

nicht mehr gar so weite Wege zu Fuß gehen müssen. Wir bleiben, wenn wir nicht gerade vom Kiez-Jobcenter „aktiviert“ werden, sowieso am liebsten in den oft schäbigen 4 Wänden unserer „angemessenen Unterkunft“. Die Richtwerte der Mieten für Wohnungen von Arbeitslosengeld-II-Berechtigten oder Sozialhilfe-Beziehenden wurden unter rot-rot nur ein einziges Mal seit 2005 für Ein-Personen-Haushalte minimal nach oben korrigiert. Die grandiose „Stadtentwicklungspolitik“ von Ingeborg Junge-Reyer (SPD) mit 180 000 privatisierten Wohnungen hat ihr übriges getan, um uns TransferempfängerInnen immer weiter an den Stadtrand zu drängen.

Danke SPD. Trotz Berliner Vergabegesetz, dem Geschrei nach „guter Arbeit“, nach Mindestlöhnen und dem aufgewärmten Schultertschluß mit den Gewerkschaften ... die SPD in Bund und Land bleibt ein hoffnungsloser Fall.



Rote Zukunft?

Nun, wir wissen, die Linke im Bundestag und auf so mancher Landesebene ist ein Lichtblick für viele von uns im All-Parteien-mainstream. Das Wahlprogramm der Berliner Linken spricht uns noch am meisten an - keine Frage.

Dennoch verzichten wir nicht auf Kritik an der mitregierenden Linken. Besonders ärgerlich ist die Werbung des Berliner Landesverbandes mit dem logo „Gute Arbeit. ÖBS“ (www.von-arbeit-leben.de). Gute Arbeit? Wir verraten, was wir darunter verstehen. Eine Auswahl: freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, volle Sozialversicherungspflicht, Vergütungen oder tarifliche Bezahlung, die ein gutes Leben jetzt und im Alter ermöglichen, Mitbestimmung im Betrieb, unbefristete Beschäftigung, mindestens 30 Tage Erholungsurlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

All das bietet eine Beschäftigung unter Berliner ÖBS-Bedingungen gerade nicht.

Die Abhängigkeit der Landesarbeitsmarktpolitik von der Bundespolitik

ist nicht zu übersehen und die Berliner Linke hat sicher keine großen politischen Spielräume. Das wissen wir. Gerade deswegen muß nicht immer gebetsmühlenartig wiederholt werden, der ÖBS schaffe „neue berufliche Perspektiven“. Das tut er gerade nicht, wie man im Abschlußbericht des Forschungsteams Internationaler Arbeitsmarkt, FIA, über den Berliner ÖBS von Dezember 2010 nachlesen kann. Nach zwei oder drei Jahren befristeter ÖBS-Beschäftigung landen viele nahtlos wieder bei Hartz-V, weil sie aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen waren. Ermüdung und Resignation unter Erwerbslosen machen die Runde - das ist gut zu verstehen. Der von der Berliner Linken für ÖBS-Beschäftigte



durchgesetzte „Mindestlohn“, 1 300,-€ Arbeitnehmerbrutto, ist sicher ein gewisser Fortschritt, wird aber von vielen als zu niedrig betrachtet. Das ist kein Wunder, denn ÖBS-Beschäftigte haben zu 53,7% einen Lehrberuf, etwa 24% sind AkademikerInnen und die oft anspruchsvollen Tätigkeiten werden als „unterbezahlt“ empfunden. Vielen ist sicher auch bewusst, daß ein jahrelanger Niedriglohn zu niedrigsten Altersrenten führt.

Der ÖBS ist die bessere Alternative zu Ein-Euro-Jobs und Hartz-V - keine Frage.

Von „Guter Arbeit“ kann trotzdem auf keinen Fall die Rede sein. ÖBS ist eine Variante von prekärer Beschäftigung und das muß die Linke kommunizieren, wenn sie sich nicht völlig unglaubwürdig machen möchte.

Das gilt auch für die Wohnungsfrage. Zwischen wohlfeiler sozialer Rhetorik und tatsächlichem politischen Handeln in zwei Legislaturperioden klafft eine große Lücke. Die Linke hat den Ausverkauf des kommunalen Wohnungs-

bestandes mitgetragen. Die festgelegten Richtwerte für Bruttowarmmieten für eine „angemessene Unterkunft“ wurden nur ein einziges Mal 2009 um lächerliche 18,-€ für Ein-Personen-Haushalte nach oben korrigiert - trotz fehlendem



günstigen Wohnraum, trotz ständig steigender Bestandsmieten und unbezahlbarer Neumieten und trotz enorm gestiegener Betriebskosten. Zwangsumzüge an den Großstadtrand sind mit dieser Politik nicht vermieden, sondern eher noch beschleunigt worden. Wir haben gar nichts davon, wenn sich eine regierende Berliner Linke nicht gegen einen rosaroten Koalitionspartner durchsetzen kann oder durchsetzen will. An die neuen Wahlversprechen müssen wir jedenfalls nicht glauben. Das „soziale Berlin“ müssen wir uns schon selbst erobern.

Fazit

Jetzt haben wir die Qual der Wahl. Es besteht allerdings kein Anlaß dazu, der repräsentativen Demokratie und vor allem den politischen Parteien weitere fünf Jahre das Feld zu überlassen.

Parteien sind Minderheiten.

In Berlin hat die SPD gerade noch 16 000 Mitglieder, die CDU 13 000, die Linke noch knapp 9 000, Bündnis 90/Die Grünen knapp 5 000 und die FDP gar nur etwas mehr als 3 000.

Wir sind 800 000!

Wir sehen Land ...

Niemand berichtet darüber, wir schon. Über erste Trägerfirmen sind Insolvenzverfahren eröffnet worden. Darunter bereits am 01. April 2011 die Lowtec gGmbH und BBJ Servis gGmbH. Das ist kein Aprilscherz! Für das Kommunale Forum Wedding e.V. wurde der Insolvenzantrag gestellt. Für Hinweise über weitere Pleiten und den Umgang der Jobcenter mit den zugewiesenen TeilnehmerInnen in Maßnahmen sind wir sehr aufgeschlossen. Schickt einfach eine eMail an uns. Vielen Dank!

In eigener Sache

„Arbeit macht DAS Leben AUS“ ist im August 2008 zum ersten Mal erschienen. Wir wollten den politisch einseitigen Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in fast allen Medien eigene Beobachtungen und Einschätzungen entgegenhalten.

Und wir hatten damals versprochen, kritisch, polemisch, bissig und außergewöhnlich zu sein.

Recherchieren, diskutieren, Positionen entwickeln und publizieren macht bekanntlich sehr viel Arbeit. Wegen interner Probleme konnte das AUS leider seit Herbst 2010 nicht mehr erscheinen.

Nach fast einem Jahr hat sich die Redaktion entschlossen ganz neu unter dem Titel:

WAS MACHT DAS LEBEN AUS im Landesfachbereich Medien zu beginnen. Wir wollen weiterhin aufzeigen, wie groß die Diskrepanz zwischen der in den etablierten Medien oft als so segensreich dargestellten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in diesem Land und der Lebenswirklichkeit ist.

Nicht alle Artikel, nicht jede Formulierung, nicht jede Position und nicht jede Interpunktion werden Allen gefallen. Dennoch ist die Meinungsfreiheit ein hohes Gut. Kontroversen um das gedruckte Wort tragen zur Meinungsbildung bei.

Wir bleiben auch in Zukunft kritisch, polemisch und bissig. Diese Freiheit nehmen wir uns!

Die Redaktion

Wir sind erreichbar unter:
das-was-aus@gmx.de

Impressum

Redaktionsanschrift

ver.di Berlin-Brandenburg, Fachbereich 8
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
V.i.S.d.P. Andreas Köhn

Alle Artikel unterliegen dem Urheberrecht. Veröffentlichungen nur mit Genehmigung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

WAS MACHT DAS LEBEN AUS erscheint unregelmäßig

<https://medien-kunst-industrie-bb.verdi.de/erwerblose>